

Staatliche Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationspolitik in Preußen: 1858-1871

Zusammenstellung der Texte

Tobias Liebert; Ana-Marija Grebenar; Caroline Gerberding / Katharina Zeisler

Inhalt:

| | | |
|-----|---|---|
| 1 | Einleitung (T.L.)..... | 1 |
| 1.1 | Vorbemerkungen | 1 |
| 1.2 | Rückblicke auf die Geschichte staatlicher Öffentlichkeitsarbeit Preußens..... | 1 |
| 2 | Die „neue Ära“ ab 1858 (T.L., A.-M.G., C.G./K.Z.) | 1 |
| 2.1 | Die „neue Ära“ veränderte auch zwischen 1858 und 1862 die amtliche Pressepolitik ... | 1 |
| 2.2 | Organisatorische Veränderungen: von der Zentralstelle zum Literarischen Büro, vom Staats- zum Innenministerium..... | 1 |
| 3 | Die preußische „Ära Bismarck“ ab 1862 (T.L., A.-M.G., C.G./K.Z.)..... | 2 |
| 3.1 | Bismarck wurde preußischer Ministerpräsident..... | 2 |
| 3.2 | Bismarcks Vorstellungen von der Organisation staatlicher Pressearbeit: wenig Institutionalisierung in Büros | 2 |
| 3.3 | Bismarcks Lösung der deutschen Frage veränderte den nationalen Bezugsrahmen auch von Kommunikationspolitik..... | 2 |
| 4 | Dynamisierung von Politik und Presse (T.L.)..... | 3 |
| 4.1 | Mobilisierung der Öffentlichkeit und parteipolitische Differenzierung | 3 |
| 4.2 | Proletarisierung schuf Grundlagen für eine eigene Öffentlichkeit der Arbeiterschaft..... | 4 |
| 4.3 | Mediale Wandlungen | 4 |
| 5 | Auf dem Weg zum Nationalstaat und zur industriellen Organisationsgesellschaft (T.L., A.- M.G.) | 5 |
| 5.1 | Von Preußen zum Norddeutschen Bund: größere Rolle von Außenpolitik und Außenministerium | 5 |
| 5.2 | Pressearbeit des Auswärtigen Amtes | 5 |
| 5.3 | Größere Herausforderungen außerhalb und innerhalb Preußens machten Öffentlichkeitsarbeit wichtiger und pluraler | 5 |
| 6 | Vom Norddeutschen Bund zum Deutschen Kaiserreich (T.L., A.-M.G.)..... | 6 |
| 6.1 | Krieg und Kaiser | 6 |
| 6.2 | Reichsgründung veränderte Rahmenbedingungen für Öffentlichkeitsarbeit..... | 6 |
| 7 | Anhang | 7 |
| 7.1 | Die Autoren der Texte über staatliche Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationspolitik in Preußen von 1858 bis 1871 | 7 |
| 7.2 | Literaturverzeichnis..... | 7 |

1 Einleitung (T.L.)

1.1 Vorbemerkungen

Dem vorliegenden Beitrag chronologisch voraus geht eine Abhandlung zur *staatlichen Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationspolitik Preußens von 1848 bis 1857*.

Thematisch verwandt sind Beiträge zur Geschichte des *Literarischen Büros* in Preußen und zur *Pressepolitik Bismarcks*.

1.2 Rückblicke auf die Geschichte staatlicher Öffentlichkeitsarbeit Preußens

Das PR-Museum hält eine Reihe von Beiträgen über *staatliche PR und Kommunikationspolitik in Preußen* seit der Errichtung des Königtums 1701 vor: I. von den Anfängen bis Friedrich II. („der Große“), II. von 1789 (Französische Revolution) bis 1807 (Frieden von Tilsit), III. von 1807 bis zu den Befreiungskriegen von 1813/14 und IV. vom Wiener Kongress 1814/15 bis zum Tode des Staatskanzlers Hardenberg 1822.

2 Die „neue Ära“ ab 1858 (T.L., A.-M.G., C.G./K.Z.)

2.1 Die „neue Ära“ veränderte auch zwischen 1858 und 1862 die amtliche Pressepolitik

1857 musste der schwer erkrankte Friedrich Wilhelm IV. durch seinen Bruder Prinz Wilhelm vertreten werden. Letzterer übernahm 1858 die Regentschaft und schließlich am 2.1.1861 als Wilhelm I. die Thronfolge. Er setzte ein „gemäßigt-liberales Ministerium“ ein (Naumann 2008, S. 43).

Diese Übergangszeit sowie weitere Ereignisse in Europa wandelten „zwischen 1858 und 1862 in fast ganz Deutschland das politische Klima und auch die Konzeptionen amtlicher Pressepolitik und ihrer Institutionen“. Sie öffneten sich „den liberalen Tendenzen“ der Zeit“. Auch in Preußen, wo – ab 1859 – „der neue Pressechef Max Duncker ausdrücklich alle gewaltsamen Unterdrückungs- und Beeinflussungsmethoden ablehnte und sich auf eine ‚offene und loyale Verteidigung‘ der Regierung beschränken wollte“, zeigte sich dies zunächst. (Piereth 1994 S. 37)

2.2 Organisatorische Veränderungen: von der Zentralstelle zum Literarischen Büro, vom Staats- zum Innenministerium

Das *Literarische Büro* des königlichen Staatsministeriums, eine trotz ggf. wechselnder Bezeichnungen schon seit Jahrzehnten übliche Einrichtung, war im Februar 1860 – also vor Bismarcks Antritt als preußischer Ministerpräsident – aus der *Zentralstelle für Presseangelegenheiten* hervorgegangen.¹ Diese begrifflichen und organisatorischen Veränderungen – wie auch eine personelle und finanzielle Verkleinerung – werden von Piereth (1994, S. 37) als Ausdruck zeitweiliger Liberalisierung preußischer Pressepolitik gewertet.

¹ Vgl. Säger 1866, S. 15; Morsey 1956, S. 177.

Ähnlich sieht dies auch Fischer (1981, S. 14f.), der aber noch auf Ressortstreitigkeiten zwischen verschiedenen Ministerien verweist, die alle „faktisch (...) eine eigene Pressepolitik“ betrieben. Manche Minister lehnten in bestimmten Fragen eine Auskunftserteilung an das *Literarische Büro* ab. Das Außenministerium hatte sich „immer selbstständiger in pressepolitischen Fragen gemacht“.

So habe es kaum überraschend gewirkt, „als am 19. März 1862 mittelst Allerhöchster Ordre die obere Leitung des mit dem Staatsministerium verbundenen Literarischen Bureaus dem Minister des Innern Herrn von Jagow übertragen wurde“ (Wappler 1935, S. 89).

3 Die preußische „Ära Bismarck“ ab 1862 (T.L., A.-M.G., C.G./K.Z.)

3.1 Bismarck wurde preußischer Ministerpräsident

Die liberale Tendenz der „neuen Ära“ trat bald in den Schatten *der persönlichen Ambitionen und Vorstellungen von Bismarck*. Otto von Bismarck (1815-1898) führte ab dem September/Oktober 1862 das Amt des *preußischen Ministerpräsidenten* aus, ernannt von König Wilhelm I.²

Ursache dieser für die Zukunft Deutschlands schicksalhaften Beziehung waren die „zwei Gesichter“ des neuen Königs: Hatte dieser einerseits liberale Tendenzen begünstigt, so gründete er andererseits – „(e)ntsprechend seiner bisherigen militärischen Laufbahn“ – „(...) seine Politik auf die militärische Stärke Preußens.“ Die Finanzierung der Heeresreform ufernte in einen langwierigen Verfassungsstreit aus. Der König wollte bereits abdanken, da fand er im Gesandten Otto von Bismarck die Rettung. (Naumann 2008, S. 43; vgl. auch Kunczik 1997, S. 90)

3.2 Bismarcks Vorstellungen von der Organisation staatlicher Pressearbeit: wenig Institutionalisierung in Büros

Der frisch gekürte preußische Ministerpräsident stand der in Büros institutionalisierten Form von amtlicher Pressearbeit „sehr zurückhaltend gegenüber (...)“. Er unterwarf das *Literarische Büro* 1862, während des Verfassungskonfliktes, wieder „primär repressiven Zwecken“ (Pie-reth 1994, S. 37) und degradierte es damit zugleich. Spätestens seit 1866 stand es unter Leitung von Oberregierungsrat Ludwig Hahn.

3.3 Bismarcks Lösung der deutschen Frage veränderte den nationalen Bezugsrahmen auch von Kommunikationspolitik

Bismarcks Politik, die Einheit Deutschlands unter Preußens Führung zu erreichen, veränderte die Machtverhältnisse in Europa. Dies führte zu den drei Einigungskriegen von 1864 (Deutsch-Dänischer Krieg), 1866 (Deutscher Krieg) und 1870/71 (Deutsch-Französischer Krieg). Als ein Schicksalsereignis gilt die Schlacht bei Königgrätz am 3.7.1866, der preußische Sieg über Österreich. 1866 „zerbrach der Deutsche Bund, und Österreich schied endgültig als Partner auf dem Weg zur Reichseinigung aus“ (Naumann 2008, S. 44). Konsequenz

² Vgl. Kunczik 1997, S. 90.

war ein Staat mit dem Schwerpunkt Norddeutschland, zunächst als *Norddeutscher Bund* (siehe weiter hinten).

Während des preußisch-österreichischen Krieges (1866) erhielt das *Literarische Büro* die Aufgabe, die amtlichen *Nachrichten vom Kriegsschauplatz* herauszugeben. Ziel dieser Maßnahme war eine Zentralisierung und damit Beherrschung des Nachrichtenflusses. So sollte u. a. sichergestellt werden, dass nur Nachrichten verbreitet wurden, die die Einstellung des Volkes nicht „negativ“ beeinflussten. Das Literarische Büro arbeitete zu dieser Zeit eng mit dem *Wolffschen Telegraphenbüro* zusammen.³

Bernhard Wolff, der den Telegraphen bereits seit 1849 als Geschäftsleiter der *National-Zeitung* für Börsen- und Wirtschaftsmeldungen nutzte, hatte zwischenzeitlich das *Telegraphische Korrespondenzbüro* (B. Wolff) auch für andere Abnehmer gegründet, um die Kosten der neuen Technologie tragen zu können. „Dieses Unternehmen bildete die Keimzelle des (...) halbamtlichen ‚Wolffschen Telegraphen-Büros (WTB)‘, das 1865 unter stiller Beteiligung der preußischen Regierung zustande kam. Es wurde schließlich zu einem Hauptnutznießler des berühmten Bismarckschen Pressebestechungsfonds, des sogenannten Reptilienfonds.“ (Bialowons/Raue 1979, S. 96)

4 Dynamisierung von Politik und Presse (T.L.)

4.1 Mobilisierung der Öffentlichkeit und parteipolitische Differenzierung

Die 1860er-Jahre führten zu einer seit 1848 nicht mehr gekannten Mobilisierung der Öffentlichkeit. Vor allem brachte der 1859 gegründete *Deutsche Nationalverein* „die seit einem Jahrzehnt obrigkeitlich abgeblockte Parteibildung wieder in Gang“.

„Die Tolerierung dieses Vereins durch Preußen markiert die Aufspaltung des in der Reaktionszeit weitgehend monolithischen Blocks der Einzelregierungen: Diese begannen nun verstärkt um die Unterstützung der ‚öffentlichen Meinung‘ zu konkurrieren.“ (Piereth 1994, S. 40)

Deutschlandpolitisch erhitzten die Einigungskriege und die historisch fundamentale Umorientierung bei der Nationenbildung von der großdeutschen auf eine kleindeutsche Lösung die Gemüter. In Preußen trieben *innenpolitisch* vor allem Heeresreform und Verfassungskonflikt die Differenzierung der Interessen voran.

„Während der Revolutionsjahre 1848/49 hatten sich als politische Kräfte die Konservativen, die Liberalen und die Demokraten formiert. Nach dem Scheitern der Revolution gewannen die Konservativen die Oberhand. Von den Liberalen spaltete sich 1859 eine Gruppierung ab, aus der 1861 die Deutsche Fortschrittspartei hervorging, welche gegen die Heeresreform Front machte. 1866 spaltete sich von den Liberalen eine weitere Gruppierung ab, aus der sich 1867 die Nationalliberale Partei (Industrielle, Bankiers, protestantisches Bildungsbürgertum) formierte, welche im Reichstag des Norddeutschen Bundes die Stütze Bismarcks wurde, während die Deutsche Fortschrittspartei (Teile des Mittelstandes und des Kleinbürgertums) in der Opposition stand. Von den Altkonservativen löste sich eine Gruppe gemäßigt Konservativer (seit 1871 Deutsche Reichspartei).“ (Naumann 2008, S. 48)

³ Vgl. Kunczik 1997, S. 90.

4.2 Proletarisierung schuf Grundlagen für eine eigene Öffentlichkeit der Arbeiterschaft

Industrialisierung und damit *Proletarisierung* beträchtlicher Bevölkerungsteile machten große Schritte: „Die deutsche Industrieproduktion hatte die französische 1860 bereits überholt, wenn sie auch noch weit unter der englischen lag.“ 1857 war eine Weltwirtschaftskrise ausgebrochen, die zu Streikämpfen der Arbeiter führte.

„Am Anfang der sechziger Jahre fanden die deutschen Arbeiter in Produktiv- und Verbrauchergenossenschaften, in konfessionellen Arbeiter- und Gesellenvereinen und in Arbeiterbildungsvereinen Formen des organisatorischen Zusammenschlusses, die aber zunächst noch unter dem Einfluss des bürgerlichen Liberalismus standen.“ (Bialowons/Raue 1979, S. 48)

Bald aber schon erreichte der Prozess der Parteibildung auch die Arbeiterschaft. 1863 gründete sich unter Ferdinand Lassalle der *Allgemeine Deutsche Arbeiterverein*. 1864 bildete sich in London die sozialistische *Internationale Arbeiterassoziation*, auch *Erste Internationale* genannt. August Bebel und Wilhelm Liebknecht schufen 1869 in Eisenach die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei*. Parallel dazu baute die deutsche Arbeiterbewegung eine eigene Presse auf.⁴

4.3 Mediale Wandlungen

Ab etwa 1860 kam es auch „zu einem Aufschwung im Pressewesen“, begünstigt durch „Bevölkerungswachstum, Anstieg des Bildungsgrades weiter Bevölkerungskreise und weitreichender technischer Erfindungen“ (Goros 1998, S. 60). Mit der Aufhebung des Intelligenzblattzwanges 1850 in Preußen und den meisten anderen deutschen Ländern war das Anzeigengeschäft zu einer wachsenden und zentralen Einnahmequelle der bürgerlichen Presse geworden.

„Bei dem bedeutendsten Berliner Blatt, der *Vossischen Zeitung*, kamen in einer Vorweihnachtsnummer des Jahres 1850 durchschnittlich auf 12 Textseiten 28 Inseratenseiten. 1860 hatte sich das Verhältnis jedoch schon auf 16 Textseiten zu 56 Inseratenseiten verschoben. Charakteristisch ist, dass sich das Schwergewicht von den amtlichen Anzeigen immer mehr auf die Geschäftsanzeigen verlagerte.“ (Bialowons/Raue 1979, S. 102)

Mit der *Zunahme der Werbeeinnahmen*⁵ wuchs die ökonomische Basis für einen autonomeren Journalismus heran, der sich von politischen Parteien, weltanschaulichen Gesinnungen und dem staatlich-administrativen System ein Stück weit entfernen und gegen Ende des Jahrhunderts in Teilen gar lösen konnte. Damit musste tendenziell die Rolle staatlicher Pressesubvention bzw. -korrumpierung wie auch die dirigistischer bzw. repressiver Medienpolitik sinken. Zugleich hatte sich staatliche Pressearbeit mittelfristig auf einen in den nächsten Jahrzehnten zunehmend thematisch universellen, aktuelleren und ereignisorientierteren Journalismus einzustellen, in dem Nachrichten über Tatsachen und Themen nichtpolitischer Zeitungsressorts im Vergleich zur Verbreitung von Gesinnungen immer wichtiger wurden.⁶

⁴ Vgl. Bialowons/Raue 1979, S. 52ff.

⁵ Dieser Prozess wurde vor allem von Ferdinand Lassalle scharf kritisiert. Vgl. Bialowons/Raue 1979, S. 58ff.

⁶ Vgl. Liebert 2003.

5 Auf dem Weg zum Nationalstaat und zur industriellen Organisationsgesellschaft (T.L., A.-M.G.)

5.1 Von Preußen zum Norddeutschen Bund: größere Rolle von Außenpolitik und Außenministerium

Im *preußischen Außenministerium* war seit 1863 der „geheime expedierende Sekretär“ Dr. Metzler „mit der Bearbeitung von Presseangelegenheiten beschäftigt“ und stand dabei „in unmittelbarer Verbindung“ mit dem *Literarischen Büro* (Morsey 1956, S. 177).

Am 16. April 1867 (Annahme der Verfassung) wurde der *Norddeutsche Bund* gegründet, in dem Preußen eine Hegemonialstellung besaß.⁷ Das *preußische Außenministerium*, das seit 1728 als eigene Zentralbehörde bestand, ging 1870 auf den *Norddeutschen Bund* über.

5.2 Pressearbeit des Auswärtigen Amtes

Um die größeren Aufgaben zu bewältigen, wollte Bismarck Metzler einen zweiten Mann zur Seite stellen.

Die Begründung dafür formulierte Legationsrat Dr. Hepke⁸ in einer kurzen Denkschrift, die aus heutiger Sicht als „zusammenfassende Darstellung der *amtlichen Presselenkung* im Zeitalter des Norddeutschen Bundes“ gelten kann. Hepke gliederte die Pressearbeit des *Auswärtigen Amtes* in vier Bereiche: I. „*Verfassen* von Zeitungsartikeln in unmittelbarem Auftrage des H(errn) Chefs (= Bismarck) (...). II. „(...) die *Aufzeichnung* der Notizen (aus den Abteilungen des Amtes – T.L.) (... und) die *Durchsicht* (von Presseorganen – T.L.) (...). III. *Informiert und mit dem gesichteten Material versehen* werden auf dem Auswärtigen Amt täglich: a) ein Mitglied des Literarischen Büros (... es folgen weitere Adressaten insbesondere bei Zeitungen und Korrespondenzen – T.L.). IV. *Die Kenntnisaufnahme von den neuesten Büchern und Flug-schriften* auf dem Gebiete der politischen und historischen Literatur (...“ (Morsey 1956, S. 178f.; vgl. auch Kunczik 1997, S. 90f.)

Nachdem Bismarck Hepke „grünes Licht“ gegeben hatte, wurde auf Empfehlung von Metzler der Leipziger Literat Dr. Moritz Busch als zusätzliche Arbeitskraft für Presseangelegenheiten im Februar 1870 in das Amt geholt. Busch wirkte – wie Bismarck einmal titulierte – als „Hof-schriftsteller des Auswärtigen Amtes“ formell bis 1873, vor allem während des Deutsch-Französischen Krieges. (Morsey 1956, S. 180)

5.3 Größere Herausforderungen außerhalb und innerhalb Preußens machten Öffentlichkeitsarbeit wichtiger und pluraler

Mit der Übertragung preußischer Kompetenzen und Ambitionen auf den *Norddeutschen Bund*, „den der Kanzler zum Deutschen Reich weiter zu entwickeln trachtete, erwies sich für Bismarck eine nachhaltigere Unterstützung im öffentlichen Meinen als unumgänglich notwendig. Nicht zuletzt bedurfte er im süddeutschen Raum sowie in der ausländischen Presse stärker als bisher des Verständnisses und der Unterstützung für seine deutsche Politik; die

⁷ Vgl. Goros 1998, S. 62.

⁸ Hepke hatte im Auftrage Bismarcks im Herbst 1866 einen Entwurf für die *Norddeutsche Bundesverfassung* vorgelegt. Vgl. Morsey 1956, S. 178.

1866/67 vorhandene Begeisterung über den Zusammenschluss eines Teiles Deutschlands befand sich in weiten Volksschichten im Abklingen.“ (Morsey 1956, S. 177f.)

Die Gewerbeordnung von 1869 (Aufhebung Zunftzwang, allgemeine Gewerbefreiheit) einschließlich der damit verbundenen Abschaffung des Koalitionsverbots (damit Möglichkeit von Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und sozialistischen Parteien) und die Aktiennovelle von 1870 (Aufhebung des staatlichen Konzessionszwanges für Aktiengesellschaften) brachten für die *industrielle Organisationsgesellschaft* einen mächtigen Schub.⁹ Damit vervielfältigte sich auch die Zahl potenzieller PR-Akteure und wurde die Kommunikationslandschaft bunter.

6 Vom Norddeutschen Bund zum Deutschen Kaiserreich (T.L., A.-M.G.)

6.1 Krieg und Kaiser

Frankreich verfolgte die Entwicklung in Deutschland und die zunehmende Dominanz von Preußen mit Argwohn. Bei der Vorbereitung des Deutsch-Französischen Krieges mischte Bismarck in Form der berühmt-berüchtigten *Emser Depesche* kräftig mit.¹⁰

„Noch während des Deutsch-Französischen Krieges waren auf Initiative des Großherzogs von Baden die süddeutschen Staaten dem Norddeutschen Bund beigetreten (am 15.11.1870 das Großherzogtum Baden, am 18.11.1870 als Gesamtstaat das Großherzogtum Hessen-Darmstadt, am 23.11.1870 das Königreich Bayern und am 25.11. 1870 das Königreich Württemberg). Zum Abbau der Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden deutschen Staatengruppen hatte vor allem auch die Waffenbrüderschaft in diesem Krieg beigetragen. Allerdings waren den Königreichen Bayern und Württemberg größere Zugeständnisse gemacht worden. Der König von Bayern fand sich schließlich auch dazu bereit, dem König von Preußen offiziell anzutragen, die Kaiserkrone aus der Hand aller deutschen Fürsten anzunehmen.“ (Naumann 2008, S. 53)

1871, am 18. Januar und im kurz zuvor besiegten Frankreich, wurde Wilhelm I. zum deutschen Kaiser proklamiert. Damit trat das (zweite) Deutsche Reich ins Leben, ein nationalmonarchistischer Obrigkeits- und Bundesstaat. Der gewählte Reichstag hatte nur eingeschränkte Kompetenzen, der Reichskanzler – Bismarck – war einzig dem Kaiser verpflichtet.¹¹

6.2 Reichsgründung veränderte Rahmenbedingungen für Öffentlichkeitsarbeit

Presse- und Zeitungswesen boomten nach der Reichsgründung.¹² Das Reichspressegesetz von 1874 sicherte formal die Pressefreiheit, hatte liberale Züge, war aber nicht frei von behördlichen Zwangsmaßnahmen. Die zwei Jahrzehnte zwischen 1871 und 1891 können als „Bindeglied zwischen den Epochen der Pressezensur und der Pressefreiheit“ bezeichnet werden (Goros 1998, S. 63).

Mit der 1875 in Gotha erfolgten Vereinigung von *Sozialdemokratischer Arbeiterpartei* und *Allgemeinem Deutschen Arbeiterverein* zur *Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands*, der

⁹ Vgl. Naumann 2008, S. 50.

¹⁰ Vgl. Naumann 2008, S. 51.

¹¹ Vgl. Goros 1998, S. 62.

¹² Vgl. Goros 1998, S. 69.

späteren Sozialdemokratie, entwickelte sich eine politische Kraft weiter, die das Zentrum einer alternativen Öffentlichkeit und einer proletarischen Presse- und Kulturlandschaft bildete.¹³

7 Anhang

7.1 Die Autoren der Texte über staatliche Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationspolitik in Preußen von 1858 bis 1871

T.L. = Tobias Liebert

A.-M.G. = Ana-Marija Grebenar

C.G. = Caroline Gerberding

K.Z. = Katharina Zeisler

Für den vorliegenden Beitrag wurde Teile aus einer Hausarbeit von A.-M.G. über *Bismarcks Pressepolitik* verarbeitet, die im Seminar „Geschichte des Kommunikationsmanagements“ unter Leitung von Günter Bentele im Sommersemester 2013 verfasst worden war. Außerdem fanden an einigen wenigen Stellen Textteile zum *Literarischen Büro* von C.G. und K.Z. aus dem Seminar „PR-Geschichte“ 2006 unter Leitung von Günter Bentele und Stefan Wehmeier Verwendung. Mit Blick auf die erweiterte Thematik erarbeitete T.L. 2014/2015 größere Teile der Texte neu.

7.2 Literaturverzeichnis

Bentele, Günter; Liebert, Tobias (2005): PR-Geschichte in Deutschland. Allgemeine Entwicklung, Entwicklung der Wirtschafts-PR und Berührungspunkte zum Journalismus. In: Arnold, Klaus; Neuberger, Christoph (Hrsg.) (2005): *Alte Medien – neue Medien*. Festschrift für Jan Tonnenmacher. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. S. 221-241.

Bialowons, Günter (1979): Die deutsche Presse in der bürgerlich-demokratischen Revolution (1848-1849). (= Geschichte der deutschen Presse. Lehrheft 5) Leipzig: Univ., Sektion Journalistik.

Bialowons, Günter; Raue, Günter (1979): Die deutsche Presse vom Ausgang der Revolution bis zur Reichsgründung (1849-1871). (= Geschichte der deutschen Presse. Lehrheft 6) Leipzig: Univ., Sektion Journalistik.

Birkner, Thomas (2011): Zensur. Aus: Lexikon zu Restauration und Vormärz. Deutsche Geschichte 1815 bis 1848. Hrsg. v. Andreas C. Hofmann. In: *historicum.net* Im Internet unter: https://www.historicum.net/no_cache/persistent/artikel/8454/ (Abruf am 23. August 2014).

Brockhaus (1991) Enzyklopädie in vierundzwanzig Bänden. 19., völlig neu bearb. Aufl. 14. Bd. Mag-Mod. Mannheim: F. A. Brockhaus.

¹³ Vgl. u. a. Bialowons/Raue 1979, S. 117ff.

Brockhaus (1994) Enzyklopädie in vierundzwanzig Bänden. 19., völlig neu bearb. Aufl. 24. Bd. Wek-Zz. Mannheim: F. A. Brockhaus.

Dittmer, Lothar (1992): Beamtenkonservatismus und Modernisierung. Untersuchungen zur Vorgeschichte der Konservativen Partei in Preußen 1810-1848/49. (= Studien zur modernen Geschichte; Bd. 44). Stuttgart: Franz Steiner.

Fischer, Heinz-Dietrich (Hrsg.) (1981): Regierungssprecher – Zwischen Information und Geheimhaltung. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.

Goros, Antonios (1998): Entwicklungen von Public Relations in Deutschland während der Kaiserzeit und der Weimarer Republik (1871-1933). Münster.

Griewank, Karl (1954): Der Wiener Kongress und die europäische Restauration 1814/15. Bd. 2. Leipzig: Koehler & Amelang.

Groth, Otto (1929): Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde (Journalistik). Bd. 2. Mannheim; Berlin; Leipzig.

Grünthal, Günther (1990): Manteuffel, Otto Freiherr von. In: Neue Deutsche Biographie 16 (1990). S. 88-90 [Onlinefassung]. Im Internet unter: <http://www.deutsche-biographie.de/ppn116735996.html>

Kunczik, Michael (1997): Geschichte der Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland. Köln; Weimar; Wien: Böhlau.

Kunczik, Michael (2002): Public Relations. Konzepte und Theorien. 4. Auflage. Köln; Weimar; Wien: Böhlau.

Liebert, Tobias (1999): Historische Phasen und Typen von Öffentlichkeit und die Entwicklung von Öffentlichkeitsarbeit. Entwurf eines Modells. In: Szyszka, Peter (Hrsg.): Öffentlichkeit. Diskurs zu einem Schlüsselbegriff der Organisationskommunikation. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 93-111.

Liebert, Tobias (2003): Der Take-off von Öffentlichkeitsarbeit. Beiträge zur theoriegestützten Real- und Reflexions-Geschichte öffentlicher Kommunikation und ihrer Differenzierung. Leipzig: Univ., Inst. f. KMW.

Lönnecker, Harald (2011): Karlsbader Beschlüsse. Im Internet unter: <http://www.historicum.net/themen/restauration-und-vormaerz/lexikon/artlKarlsbaderBesc/htmlIartikel/8956/ca/83e02f8e03d321f8209b80e54029d9d2/> (Abruf am 11. September 2013).

Morsey, Rudolf (1956): Zur Pressepolitik Bismarcks. Die Vorgeschichte des Pressedezernats im Auswärtigen Amt (1870). In: Publizistik. 1. Jg. (1956) Heft 3. S. 177-181.

Naumann, Günter (2008): Deutsche Geschichte. Von 1806 bis heute. Wiesbaden: Marix Verlag.

Nolte, Paul (1994): Parteien und Propaganda im Vormärz. Die schwierigen Anfänge staatlicher Meinungslenkung in einer politisierten Gesellschaft. In: Daniel, Ute; Siemann, Wolfram (Hg.) (1994): Propaganda, Meinungskampf, Verführung und Sinnstiftung (1788-1989). Frankfurt am Main: Fischer. S. 83-100.

Piereth, Wolfgang (1994): Propaganda im 19. Jahrhundert. Die Anfänge aktiver staatlicher Pressepolitik in Deutschland (1800-1871). In: Daniel, Ute; Siemann, Wolfram (Hg.) (1994): Propaganda, Meinungskampf, Verführung und Sinnstiftung (1788-1989). Frankfurt am Main: Fischer. S. 21-43.

Sänger, Gisela (1966): Die Funktion amtlicher Pressestellen in der demokratischen Staatsordnung, dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main/Berlin: Alfred Metzner.

Schneider, Franz (1966): Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit. Studien zur politischen Geschichte Deutschlands bis 1848 (Politica; Bd. 24). Berlin; Darmstadt; Neuwied: Luchterhand.

Vogler, Günter; Vetter, Klaus (1974): Preußen. Von den Anfängen bis zur Reichsgründung. 3. Auflage. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften.

Wappler, Kurt (1935): Regierung und Presse in Preußen. Geschichte der amtlichen preußischen Pressestellen 1848-1862. Leipzig: Universitätsverl. von Robert Noske.

Wettstein, Oskar (1938): Regierungen und Presse im Wandel der Zeiten. In: Festgabe für Bundesrat Dr. h. c. Edmund Schultheiss zum 70. Geburtstag. Zürich: Polygrafischer Verlag.